

"Kroatentreffen" am Loibacher Feld - Gemeinde Bleiburg fürchtet um Sicherheit der Bürger

Zur umstrittenen Gedenkfeier in Bleiburg sind schon vier Gegendemonstrationen angemeldet. Der Gemeinderat fordert nun "Maßnahmen, damit es zu keiner Gefährdung der Bevölkerung kommt".

In banger Erwartung sieht man in Bleiburg dem alljährlichen "Kroatentreffen" am Loibacher Feld entgegen, in dessen Rahmen heuer am 18. Mai jener Ereignisse gedacht wird, die in Kroatien als "Massaker von Bleiburg" in die Geschichte eingegangen sind: Am Ende des Zweiten Weltkriegs hatte die englische Besetzungsmacht im südkärntner Raum slowenische und kroatische Bürger an das kommunistische Jugoslawien ausgeliefert.

Tausende von ihnen wurden getötet, allerdings nicht in Bleiburg, sondern südlich der Grenze. Für die umstrittene Gedenkveranstaltung im Mai, an der sich jedes Jahr tausende Besucher beteiligen, wurden heuer bereits vier Gegendemonstrationen angemeldet.

Gemeinde verabschiedet Resolution

Um Schaden von der Bevölkerung abzuwenden, hat der Gemeinderat von Bleiburg einstimmig eine Resolution verabschiedet, die an den Bundespräsidenten, den Kanzler, das Innen- und Justizministerium sowie den Landeshauptmann versandt wurde. Darin werden die "zuständigen Stellen" aufgefordert, Maßnahmen zu setzen und rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, "damit es zu keiner Gefährdung der heimischen Bevölkerung kommt".

Dazu wird festgestellt, dass "die Stadtgemeinde Bleiburg nicht gegen ein würdiges Totengedenken vonseiten kroatischer Hinterbliebener auftritt, sehr wohl aber gegen eine Vereinnahmung der Veranstaltung durch extremistische Gruppierungen."

Land verweist auf Innenministerium

Nach der Regierungssitzung am Dienstag hat Landeshauptmann Peter Kauiser betont, dass das Land keine Einflussmöglichkeit habe und wohl das Innenministerium zuständig sei. Eine Stellungnahme aus Wien ist noch nicht eingelangt.

Kleine Zeitung, Robert Benedikt, 23.04.2019